

50 plus, arbeitslos, nichts als Absagen

Arbeitsmarkt Verzweiflung schlägt Andrea Frommherz entgegen, wenn ältere Arbeitslose in die Beratung kommen. Versäumnisse, etwa bei Weiterbildungen, seien oft Jahre davor geschehen.

Eine generelle Risikogruppe stellen über 50-Jährige im Arbeitsmarkt nicht dar, wenn Andrea Frommherz die rund 600 Personen als Referenz bezieht, die pro Jahr auf ihrer Geschäftsstelle beraten werden. Frommherz, die das Informations- und Beratungszentrum Arbeits- und Berufsleben gestalten (frac) in Biel leitet, bestätigt damit den Befund nationaler Statistiken. «Allerdings ist die Verzweiflung, wenn über 50-Jährige arbeitslos werden, deutlich grösser als bei Jüngeren», erzählt sie. Insofern sieht Frommherz schon Handlungsbedarf in Bezug auf die dritte nationale Konferenz für ältere Arbeitnehmende, die morgen stattfindet (siehe Infobox).

Bestätigte Befürchtungen

Die Verzweiflung Betroffener kann Frommherz auch gut nachvollziehen. Oft hätten sie noch während der laufenden Kündigungsfrist x Bewerbungen verschickt und wurden nicht einmal zum Gespräch eingeladen. «Sie sehen sich in ihrer Angst bestätigt, dass es nicht mehr klappt», sagt die Berufs- und Laufbahnberaterin.

Da setzen Frommherz' Mitarbeiterinnen an: Zuerst bringe man das Bewerbungsdossier à jour. Dann gehe es darum, die richtige Strategie zu finden. Umdeuten und Vorurteile entkräften, ist eine davon: nicht das Alter hervorheben, sondern die Erfahrung. Wer positiv auffallen will, versucht es eventuell mit einer Videobotschaft. Das Drehbuch und die Realisation werden professionell begleitet. Kostenpunkt dafür: 330 Franken. Frommherz' Hauptbotschaft aber lautet: aktiv bleiben, Kontakte knüpfen und sich nicht abwimmeln lassen. «Es ist psychologisch falsch, nur auf eine Karte zu setzen.» Viel gescheiter sei es, immer ein paar Bewerbungen offen zu haben.

Handicaps ansprechen

Komme es dann zu einem Bewerbungsgespräch, seien im Dossier nicht erwähnte, aber offensichtliche Handicaps am besten selber zu thematisieren. Sei es das Humpeln, Übergewicht oder etwas ganz anderes, das Thema gehöre auf den Tisch. Denn der erste Eindruck präge. Wer offen hinstehe, präsentiere sich souverän. Gehe es schliesslich um den Lohn, empfiehlt Frommherz, zwar ein branchenübliches Salär zu fordern, sich aber diskussionsbereit zu zeigen.

Frommherz, die vor allem Frauen berät, ermuntert diese, auch mal bei Firmen vorzusprechen, die gerade niemanden suchen, oder an Berufsmessen



Über 45-jährige Arbeitnehmende erhalten in ihren Betrieben ein Viertel weniger Weiterbildungsangebote als jüngere. Fotolia

Kontakt aufzunehmen. Denn das Netzwerk sei eminent wichtig. «Viel lässt sich bei der Stellensuche selber bewirken», weiss sie.

Blind bei Weiterbildungen

Doch etwas erwartet sie auch von der anderen Seite: Arbeitgeber müssten insbesondere Vorurteile hinterfragen, sagt sie.

Ältere seien nicht automatisch unflexibel, weniger kreativ oder leistungsfähig. Ein mit Studien belegter Befund, dass Arbeitnehmer ab 45 Jahren rund ein Viertel seltener eine Weiterbildung angeboten erhalten, stört sie ebenso. Der Arbeitgeber stehe in der Pflicht, seine Angestellten arbeitsmarktfähig zu halten. «Das Risiko, später lange arbeitslos zu bleiben, wächst schon lange vor einem allfälligen Stellenverlust», ist Frommherz überzeugt.

Wenig Verständnis hat sie jedoch auch für Angestellte, die darauf warten, dass der Chef auf sie zukommt. «Das scheint vor allem unter Frauen ein Problem zu sein», beobachtet sie. Weiter-

und Fortbildung seien zentral. Als 55-Jährige, die einst Briefe auf der Schreibmaschine tippte und zahlreiche Weiterbildungen absolvierte, kennt sie das Thema bestens.

An die morgige Konferenz hat Frommherz darum vor allem drei Erwartungen: Ältere Arbeitnehmende sollen bewusst in Wei-

terbildungsangebote einbezogen werden. Sie erwartet zudem von Personalchefs Offenheit für altersdurchmischte Teams. Firmen, welche die Lebens- und Berufserfahrung ihrer Mitarbeitenden zu nutzen wüssten, profitierten. Bestens geeignet seien etwa horizontale Karriere-Modelle. *Christoph Aebischer*

Dritte nationale Konferenz

Morgen findet die dritte nationale Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende statt.

Bund, Kantone und Sozialpartner suchen nach Möglichkeiten, um deren Situation zu verbessern. Travailsuisse präsentierte als Dachverband der Arbeitnehmenden letzte Woche Forderungen wie den diskriminierungsfreien Zugang zu Weiterbildungen oder eine verlängerte Kündigungsfrist. Wahrscheinlicher als konkrete Resultate sind morgen Empfehlungen und Aufrufe.

Objektiv betrachtet ist die Arbeitsmarktsituation für über 55-Jährige nicht besorgnis-

erregend. Die Erwerbsquote ist gegenüber dem Vorjahr sogar von 73 auf 74 Prozent gestiegen. **Insgesamt ist diese Altersgruppe sogar leicht unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Ist die Stelle aber einmal weg, wird die Suche nach einer neuen bedeutend schwieriger.**

Mit dem demografischen Wandel wächst zudem die Zahl älterer Arbeitnehmenden weiter. Die nationale Konferenz geht auf einen Auftrag des Parlaments zurück, das ein entsprechendes Postulat von Ständerat Paul Rechsteiner (SP, SG) überwies. *cab*



Andrea Frommherz, Berufs- und Laufbahnberaterin.

«Das Risiko, später lange arbeitslos zu bleiben, wächst schon lange vor einem allfälligen Stellenverlust.»

Andrea Frommherz

Historische Schlappe für die FDP in Solothurn

Wahlen Die FDP muss in ihrer Hochburg Solothurn einen Tiefschlag hinnehmen. Gestern verlor sie einen ihrer zwei Sitze in der Kantonsregierung an die Grünen.

Im Kanton Solothurn ist die FDP, was sie in der ganzen Schweiz gerne wäre: eine breit abgestützte Volkspartei.

Bei kantonalen Wahlen sind die Gelben, wie die Freisinnigen in Solothurn immer noch heissen, weiterhin die Nummer 1. Eben erst, im März, haben sie ih-

re Vorherrschaft mit einem Wähleranteil von 24,6 Prozent bestätigt. Das ist zwar weniger als früher, aber immer noch weit besser als die 16,4 Prozent, die die FDP bei den eidgenössischen Wahlen 2015 schweizweit erzielte.

Doch auch eine Volkspartei kann straucheln. Dies bestätigte sich gestern beim zweiten Durchgang der Regierungswahlen. Nachdem im ersten Anlauf die drei Bisherigen (2 CVP, 1 FDP) die Wahl geschafft hatten, waren noch zwei Sitze zu vergeben. Zur Wahl standen drei

Kantonsrätinnen, die neu in die Regierung einziehen wollten.

Ein klar bürgerlicher Kanton Gewählt wurden Susanne Schaffner (SP) und Brigit Wyss (Grüne). Das Nachsehen hatte Marianne Meister von der FDP. Ihre Wahl galt lange als Selbstverständlichkeit, ist doch der ländliche Kanton Solothurn klar bürgerlich dominiert. Rot-Grün verfügt im Kantonsrat nicht einmal über ein Drittel der Sitze. Trotzdem schaffte die Linke gestern das Kunststück, bei einer

Doppelvakanz beide Sitze zu erobern.

CVP zeigte die kalte Schulter

Das ist eine herbe Niederlage für die FDP. Sie hatte die Kantonsregierung bis 1952 mit einer Dreiervertretung dominiert und seither durchgehend zwei Sitze gehalten. Dass es fortan nur noch einer ist, hat wohl viel mit der Kandidatin zu tun. Meister vermochte innerhalb der Partei keine Begeisterung zu wecken und ausserhalb schon gar nicht. Die CVP konnte sich nicht ein-

mal zu einer Wahlempfehlung für sie durchringen. Die tiefe Wahlbeteiligung von 30,1 Prozent lässt erahnen, dass viele bürgerliche Wähler lieber keine Stimme abgaben als eine für Meister. Es ist nicht die erste Schlappe der Gelben im Kampf um ein hohes Amt. Im Nationalrat hat sie nur noch einen Vertreter und im Ständerat – nach einer ebenfalls historischen Niederlage 2011 – gar keinen mehr. Da bleibt die Dominanz im Kanton und in den Gemeinden ein schwacher Trost. *Fabian Schäfer*

Nachrichten

Bundesamt für Justiz Deutliche Absage in Richtung Türkei

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat gemäss dem «SonntagsBlick» Ankara mitgeteilt, dass die Schweiz der Türkei bei der Verfolgung von Kritikern keine Hilfe leisten werde. Die türkische Regierung hatte Bern in vier Fällen um Rechtshilfe gebeten. Der Grund dafür: In der Schweiz wohnhafte Personen sollen Erdogan beleidigt haben. Eine BJ-Sprecherin bestätigte nun gegenüber dem «SonntagsBlick»: «Wir sind zum Schluss gelangt, dass die Schweiz mangels beidseitiger Strafbarkeit keine Rechtshilfe gewähren kann.» Das ist die zweite Abfuhr des Bundes an die Adresse Erdogans. Ein erstes Ersuchen hatte Bern bereits Mitte März abgelehnt. Zwei weitere Anträge lägen noch unbeantwortet beim BJ. *sda*

Personenfreizügigkeit Zuwanderung aus der EU sinkt weiter

Die Zuwanderung von EU-Bürgern in der Schweiz sinkt auch in diesem Jahr weiter. Dies zeigen noch unveröffentlichte Zahlen aus dem ersten Quartal, welche der «NZZ am Sonntag» vorliegen. Demnach beläuft sich der Wanderungssaldo per Ende März noch auf 8550 Personen, 13 Prozent weniger als im Vorjahresquartal. Dies sei zudem der tiefste Wert, seit die volle Personenfreizügigkeit vor bald zehn Jahren eingeführt wurde. *sda*

Parteistärken Linkstrend nach Rechtsrutsch?

Hätten am Wochenende Nationalratswahlen stattgefunden, hätten SP, FDP, Grüne und GLP besser abgeschnitten als 2015. Dies ergab eine Auswertung des Instituts GFS Bern auf der Basis eigener Befragungen. Auf der Verliererseite wären demnach SVP, CVP und BDP gestanden. Allerdings sind die errechneten Verschiebungen naturgemäss nicht sehr gross. Am stärksten wären die Gewinne links: 1,7 Prozentpunkte für die Grünen, 1,5 für die SP. Damit passt die Auswertung zu den jüngsten Erfolgen der rot-grünen Parteien bei kantonalen Wahlen sowie bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III vom Februar. Ins Bild passt auch der errechnete Verlust von 1,1 Prozent, welcher der SVP droht hätte, die nach einer Reihe von Abstimmungsniederlagen auf einen Sieg wartet. *sda/fab*

Rentenreform Eben noch dagegen, jetzt dafür

Die Unterstützung für die Rentenreform, die am 24. September an die Urne kommt, wächst. Inzwischen bekennen sich auch Parteien für die Vorlage, deren Exponenten sich früher kritisch äusserten. Die Delegierten der Grünliberalen fassten am Samstag mit 72 gegen 40 Stimmen bei 12 Enthaltungen die Ja-Parole. Sogar einstimmig stellte sich die Junge CVP hinter die Reform, die von ihrer Mutterpartei und der SP geprägt worden war. Die Jungpartei war nicht immer so handzahn. Vor einem Jahr sprach sie sich kategorisch gegen die Erhöhung der AHV für Neurentner um 70 Franken im Monat aus. Inzwischen nimmt sie den Ausbau der AHV in Kauf, da ein Scheitern der Reform für die Jungen noch schlimmer sei. *mt/fab*